

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Literaturverzeichnis	XXVII

1. Kapitel. Regelungsgegenstand und Rechtsquellen des Strafrechts

I. Der Regelungsgegenstand des Strafrechts	1
1. Der Begriff der Strafe	1
a) Die öffentlich-rechtliche Natur der Strafe	1
b) Die repressive Natur der Strafe	3
2. Die Unterscheidung der Kriminalstrafe von anderen staatlichen Strafen	4
a) Die Abgrenzung zu den Sanktionen des Ordnungswidrigkeitenrechts	4
b) Die Abgrenzung zu den Disziplinarmaßnahmen, Ordnungsmitteln und prozessualen Zwangsmitteln	6
II. Das strafrechtliche Regelungssystem	7
1. Die gesetzliche Regelung des materiellen Strafrechts	8
2. Die gesetzliche Regelung des Strafprozessrechts	9
3. Die gesetzliche Regelung des Jugendstrafrechts	9
III. Europäisches und Internationales Strafrecht	10
1. Europäisches Strafrecht	10
2. Völkerstrafrecht	15

2. Kapitel. Der Zweck der Strafe

I. Die traditionellen Straftheorien	18
1. Die absolute Straftheorie (Kant, Hegel)	18
2. Die generalpräventive Theorie (Feuerbach)	20
3. Die spezialpräventive Theorie (v. Liszt)	22
II. Die Theorie positiver Generalprävention	24

3. Kapitel. Das Schuldprinzip

I. Grundlagen	29
II. Das Erfordernis selbstbestimmten Verhaltens („formelles“ Schuldprinzip)	30
1. Der Begriff der Selbstbestimmungsfähigkeit	31
2. Verantwortlichkeit von Personenverbänden oder Unternehmen?	33
III. Das Erfordernis materiellen Unrechts (materieller Verbrechensbegriff) ...	35
1. Möglichkeit und Grenzen eines materiellen Unrechtsbegriffs	36
2. Der Begriff des Rechtsguts	37
3. Die verschiedenen Stadien des Rechtsgüterschutzes	38
4. Die Legitimation der abstrakten Gefährdungsdelikte	38
5. Durchbrechungen des Rechtsgüterschutzprinzips	40
IV. Das Erfordernis nachgewiesener Schuld (der Grundsatz „in dubio pro reo“)	42

IX

4. Kapitel. Das Gesetzlichkeitsprinzip und der Richtervorbehalt	
I. Das Gesetzlichkeitsprinzip: „nullum crimen, nulla poena sine lege“	46
1. Herkunft und Grundgedanke	46
2. Die einzelnen Ausprägungen des Gesetzlichkeitsprinzips	48
a) Das Erfordernis eines geschriebenen Gesetzes („lex scripta“)	48
b) Das Erfordernis eines hinreichend bestimmten Gesetzes („lex certa“)	49
aa) Grund und Grenzen der Bestimmtheit	49
bb) Die Relativierung des Bestimmtheitsgebots durch Rechtsprechung und Lehre	50
cc) Die Bestimmtheit der Strafdrohung	53
c) Das Verbot einer Überschreitung des Gesetzeswortlautes („lex stricta“)	54
d) Das Erfordernis eines zur Zeit der Tat geltenden Gesetzes („lex praevia“)	57
3. Der Geltungsbereich des Gesetzlichkeitsprinzips	59
II. Der Richtervorbehalt	63
5. Kapitel. Der zeitliche und räumliche Geltungsbereich der Strafgesetze	
I. Die zeitliche Geltung (§ 2 StGB)	64
1. Das Prinzip der Anwendung des mildesten Gesetzes	64
2. Die gesetzliche Bestimmung des Tatzeitpunkts	65
3. Die Sonderregelung für die Maßregeln der Besserung und Sicherung	66
II. Die räumliche Geltung des deutschen Strafrechts (§§ 3–7 StGB)	66
1. Grundlagen	66
2. Im Inland und auf deutschen Schiffen oder Luftfahrzeugen begangene Taten	69
3. Die Geltung des deutschen Strafrechts für Auslandstaten	69
a) Unabhängig vom Recht des Tatorts (§§ 5, 6 StGB, § 1 VStGB)	70
b) Geltung für Auslandstaten nach § 7 StGB	70
4. Die Einschränkung der Verfolgungspflicht für Straftaten mit Auslandsberührung	71
III. Die räumliche Geltung von Landesstrafrecht (interlokales Strafrecht)	71
6. Kapitel. Die strafrechtlichen Rechtsfolgen	
I. Die Strafen	73
1. Die Freiheitsstrafe	73
a) Die Arten der Freiheitsstrafe	73
b) Die Aussetzung der Freiheitsstrafe zur Bewährung	74
c) Die Aussetzung eines Strafrestes zur Bewährung	75
2. Die Geldstrafe	77
3. Das Fahrverbot	78
4. Die Bemessung und Auswahl der Strafen	78
II. Die übrigen Rechtsfolgen	81
1. Die Maßregeln der Besserung und Sicherung	81
2. Statusfolgen	85
3. Einziehung	86

7. Kapitel. Einführung in die allgemeine Straftatlehre	
I. Gegenstand und Funktion der allgemeinen Lehre von der Straftat	89
II. Der Aufbau der Straftat	91
III. Die allgemeinen Formen der Straftat	93
1. Begehungs- und Unterlassungsdelikte	93
2. Vorsatz- und Fahrlässigkeitsdelikte	94
3. Vollendung, Versuch und Vorbereitung	95
4. Täterschaft und Teilnahme	95
IV. Die Unterscheidung zwischen Verbrechen und Vergehen	96
8. Kapitel. Der Aufbau des Tatbestands	
I. Die Handlung als Grundlage der Tatbestandsprüfung	98
1. Der Begriff der Handlung	98
2. Die Identität der Handlung	100
II. Die Unterscheidung von objektivem und subjektivem Tatbestand	101
III. Die Merkmale des objektiven Tatbestands	103
1. Erfolgs- und Tätigkeitsdelikte	103
2. Weitere Deliktseinteilungen	105
IV. Die Merkmale des subjektiven Tatbestands	106
1. Der Tatbestandsvorsatz	106
2. Auf die Rechtsgutsverletzung gerichtete Absichten	107
3. Sonstige Beweggründe und sogenannte Gesinnungsmerkmale	108
9. Kapitel. Die Kausalität der Handlung für den Erfolg	
I. Die Unterscheidung von Kausalität und objektiver Zurechnung	110
II. Der Begriff der Kausalität	111
1. „Ceditio-sine-qua-non“ oder „gesetzmäßige Bedingung“?	111
2. Die alternative Kausalität	113
3. Die Berücksichtigung hypothetischer Kausalverläufe	115
a) Beschreibung und Abgrenzung des Problems	115
b) Die Bestimmung der Identität des Erfolgs	117
c) Die Behandlung von Reserveursachen und Reservehandlungen	119
4. Ergebnis	121
III. Die Feststellung der Kausalität	123
1. Die allgemeine Struktur der Kausalitätsfeststellung	123
2. Konsequenzen für typische Problemkonstellationen	124
a) Psychisch vermittelte Kausalität	124
b) Statistische Kausalitätsfeststellung	124
c) Die Feststellung hypothetischer Kausalverläufe	125
10. Kapitel. Die objektive Zurechnung	
I. Begriff und allgemeine Voraussetzungen	126
II. Das rechtlich missbilligte Risiko	127
1. Der Ausschluss unerheblicher Risiken	127
2. Aufgrund überwiegender Interessen generell erlaubte Risiken	127
3. Die Bewertung durch das Verhalten Dritter vermittelter Risiken	129
4. Durch Handlungen des Verletzten vermittelte Risiken	131

III. Die Realisierung des rechtlich missbilligten Risikos	133
1. Realisierung unerheblicher Risiken	133
2. Realisierung aufgrund überwiegender Interessen generell erlaubter Risiken	134
3. Realisierung durch Handlungen Dritter vermittelter Risiken	135
4. Realisierung durch Handlungen des Verletzten vermittelter Risiken . .	136
5. Der sogenannte Pflichtwidrigkeitszusammenhang	138
IV. Das der Risikobeurteilung zugrunde zu legende Wissen	139

11. Kapitel. Der Tatbestandsvorsatz

I. Der Vorsatz als bewusste Entscheidung für das tatbestandliche Geschehen	142
1. Die Unterscheidung zwischen Vorsatz und Unrechtsbewusstsein	142
2. Die Handlung als maßgeblicher Entscheidungszeitpunkt	143
3. Das für den Vorsatz erforderliche Verwirklichungsbewusstsein	145
II. Die psychische Struktur des Vorsatzes	146
1. Die Vorsatzformen	146
a) Die Unterscheidung der verschiedenen Vorsatzformen	146
b) Die rechtliche Bedeutung der Unterscheidung verschiedener Vorsatzformen	147
2. Die Abgrenzung zwischen bedingtem Vorsatz und Fahrlässigkeit	149
a) Erfordernis eines voluntativen Vorsatzelements?	149
b) Notwendigkeit einer qualifizierten Möglichkeitsvorstellung?	151
c) Die Feststellung des Vorsatzes	151
III. Der Gegenstand des Vorsatzes	153
1. Der Begriff des Tatbestandsirrtums	153
2. Der Vorsatzinhalt bei „normativen Tatbestandsmerkmalen“	154
3. Der Vorsatzinhalt bei Blankettmerkmalen	155
4. Der Vorsatzinhalt bei die Tat bewertenden Merkmalen	156
IV. Die Zurechnung des eingetretenen Erfolgs zum Vorsatz	157
1. Abweichungen vom vorgestellten Kausalverlauf	158
2. Der Irrtum über das Tatobjekt	161
a) Error in persona vel objecto	161
b) Die aberratio ictus	162
c) Der Wechsel des Tatobjekts während der Tat	164

12. Kapitel. Die Fahrlässigkeit

I. Die Parallelität von Vorsatz und Fahrlässigkeit	165
1. Fahrlässigkeit als Erkennbarkeit	165
2. Die Notwendigkeit einer individuellen Beurteilung	166
3. Zeitpunkt der Erkennbarkeit	168
II. Die Voraussetzungen der Erkennbarkeit	169
1. Das notwendige Erfahrungswissen	169
2. Die notwendige Kenntnis der Tatsachenbasis	170
3. Die notwendige Zeit	171
III. Die Formen der Fahrlässigkeit	172
1. Die verschiedenen Grade der Fahrlässigkeit	172
2. Die sogenannte bewusste Fahrlässigkeit	172

IV. Der Gegenstand der Fahrlässigkeit	173
V. Die Zurechnung des eingetretenen Erfolgs zur Fahrlässigkeit	174

13. Kapitel. Überblick über die Rechtfertigungsgründe

I. Die Einteilung der Rechtfertigungsgründe	175
II. Die Rechtfertigung im Interesse des Betroffenen	175
1. Einwilligung	175
2. Mutmaßliche Einwilligung	177
3. Sorgerecht	177
III. Die Rechtfertigung im Interesse anderer oder der Allgemeinheit	178
1. Die Amtsrechte	178
2. Die Notrechte des Bürgers	179
a) Die Notwehr und die Besitzwehr	179
b) Der Defensivnotstand	179
c) Der Aggressivnotstand	180
d) Das Selbsthilferecht	181
e) Das Festnahmerecht	182

14. Kapitel. Allgemeine Rechtfertigungslehre

I. Der Gegenstand der Rechtfertigung	184
1. Die Teilbarkeit des Rechtswidrigkeitsurteils	184
2. Die Handlung als alleiniger Bezugspunkt des Rechtswidrigkeitsurteils	185
II. Der Aufbau der Rechtfertigung	186
1. Der objektive Erlaubnistatbestand	186
a) Der tatsächlich vorliegende Sachverhalt als Grundlage der Beurteilung	186
b) Besonderheiten bei den Amtsrechten	188
2. Der subjektive Erlaubnistatbestand	189
a) Die Kenntnis der objektiven Rechtfertigungsvoraussetzungen	189
b) Notwendigkeit einer besonderen Rechtfertigungsmotivation?	192
III. Der Irrtum über den Erlaubnistatbestand	193
1. Die Unkenntnis rechtfertigender Umstände	194
2. Die irrtümliche Annahme rechtfertigender Umstände	195
a) Begriff und Rechtsfolgen des Erlaubnistatbestandsirrtums	195
b) Die Abgrenzung zum Erlaubnisirrtum	197
IV. Die Rechtfertigung beim fahrlässigen Delikt	199
1. Die Identität der objektiven Rechtfertigungsvoraussetzungen	199
2. Die subjektiven Voraussetzungen der Rechtfertigung	200

15. Kapitel. Einverständnis, Einwilligung und mutmaßliche Einwilligung

I. Das tatbestandsausschließende Einverständnis	202
II. Die Einwilligung	202
1. Die Anforderungen an die Willensentscheidung des Betroffenen	203
a) Rechtsnatur und Zeitpunkt	203
b) Einwilligungsfähigkeit	204

c) Inhalt der Einwilligungentscheidung	205
d) Die Bedeutung von Irrtümern	207
e) Die Bedeutung von Zwang	209
2. Die Verfügungsbefugnis des Betroffenen	210
a) Die Beschränkung auf Individualrechtsgüter	210
b) Die Beschränkungen bei Leben und körperlicher Unversehrtheit . .	211
III. Die mutmaßliche Einwilligung	214
IV. Die sogenannte hypothetische Einwilligung	215

16. Kapitel. Notwehr und Notwehrexzess

I. Die Notwehr	218
1. Überblick und Grundgedanke	218
2. Die Notwehrlage	219
a) Der Angriff	219
b) Die Rechtswidrigkeit des Angriffs	221
c) Die Gegenwärtigkeit des Angriffs	222
3. Die Anforderungen an die Verteidigungshandlung	224
a) Eingriff in Rechtsgüter des Angreifers	225
b) Eignung zur Abwendung des Angriffs	226
c) Mildestes Mittel zur Abwehr des Angriffs	226
4. Die „sozialethischen Einschränkungen“ des Notwehrrechts	227
a) Allgemein geltende Einschränkungen des Notwehrrechts	228
b) Spezielle Einschränkungen für besondere Notwehrlagen	228
aa) Schuldlose Angriffe	228
bb) Provozierte Angriffe	229
cc) Angriffe innerhalb enger Lebensgemeinschaften	230
5. Die Anwendbarkeit der Notwehr auf hoheitliches Handeln	231
II. Der Notwehrexzess	233
1. Grundgedanke	233
2. Der Anwendungsbereich der Regelung	234

17. Kapitel. Rechtfertigender Notstand

I. Der Aggressivnotstand	236
1. Überblick	236
2. Die Notstandslage	236
a) Die Gefahr	236
b) Die Gegenwärtigkeit der Gefahr	237
3. Die Anforderungen an die Abwehrhandlung	238
a) Erforderlichkeit zur Abwehr der Gefahr	238
b) Wesentliches Überwiegen der geschützten Interessen	239
aa) Die in die Abwägung einzubeziehenden Interessen	239
bb) Struktur und Gewichtung der abzuwägenden Interessen	240
cc) Die stets geltende Opfergrenze	240
c) Angemessenheit der Tat	241
aa) Die Verbindlichkeit von Kompetenzen und Verfahren	242
bb) Die Problematik des Nötigungsnotstands	242

II. Der Defensivnotstand	244
1. Die Notstandslage	244
a) Die objektiv zurechenbare Gefahr	244
b) Die Unmittelbarkeit der Gefahr	245
2. Die Anforderungen an die Abwehrhandlung	246
a) Eingriff in Rechtsgüter des Verantwortlichen	246
b) Erforderlichkeit zur Abwehr der Gefahr	246
c) Kein wesentliches Überwiegen der beeinträchtigten Interessen	247
d) Angemessenheit	248
III. Beim Notstand auftretende allgemeine Probleme der Notrechte	249
1. Anwendbarkeit des Notstands auf hoheitliches Handeln?	249
2. Die Notstandsprovokation	250
3. Der Notstandsexzess	250
18. Kapitel. Die Schuldfähigkeit	
I. Grundgedanke und gesetzliche Regelung	252
1. Die Schuldfähigkeit als Selbstbestimmungsfähigkeit	252
2. Die gesetzliche Regelung im Überblick	252
a) Schuldunfähigkeit wegen fehlender Reife	252
b) Schuldunfähigkeit wegen psychischer Störungen	253
II. Die Regelung der §§ 20, 21 StGB	253
1. Die Eingangsmerkmale	253
2. Einsichts- und Steuerungsfähigkeit	255
a) Die Entstehung der heutigen gesetzlichen Beschreibung der Schuldfähigkeit	255
b) Die Untauglichkeit der gesetzlichen Beschreibung der Schuldfähigkeit	255
c) Die Schuldfähigkeit als Fähigkeit zu einem verständigen Entscheidungsprozess	256
3. Die Feststellung der Schuldfähigkeit	258
III. Die actio libera in causa	259
1. Problem und grundsätzliche Lösungsmodelle	259
2. Die Strafbarkeit der actio libera in causa bei den Erfolgsdelikten	260
a) Der Einwand fehlender Kausalität	260
b) Der Einwand fehlenden Verwirklichungsbewusstseins	261
c) Ergebnis und Folgerungen	262
19. Kapitel. Die Möglichkeit zur Unrechtseinsicht	
I. Entstehung und Grundgedanke des § 17 StGB	264
II. Der Begriff des Verbotsirrtums	265
1. Der Gegenstand des Unrechtsbewusstseins	265
2. Die Teilbarkeit des Unrechtsbewusstseins	265
3. Zweifel an der Rechtswidrigkeit	266
4. Das Unrechtsbewusstsein beim fahrlässigen Delikt	266
III. Die Vermeidbarkeit des Verbotsirrtums	267
1. Die Maßgeblichkeit des eigenen rechtlichen Wissens	267
2. Der Stellenwert fachkundiger Auskünfte	268

IV. Besonderheiten beim Handeln auf dienstliche Weisung	268
1. Die allgemeine beamtenrechtliche Regelung	268
2. Die Sonderregelung für Vollzugsbeamte	269

20. Kapitel. Die Zumutbarkeit

I. Der entschuldigende Notstand (§ 35 StGB)	270
1. Der Grundgedanke der Regelung	270
2. Die Notstandslage	272
a) Gefahr für Leben, Leib oder Freiheit	272
b) Gegenwärtigkeit der Gefahr	273
3. Die Anforderungen an die Abwehrhandlung	273
a) Die Person des Handelnden	273
b) Sachliche Voraussetzungen	274
4. Besondere Duldungspflichten	274
a) Verursachung der Notstandslage	274
b) Besonderes Rechtsverhältnis	275
c) Sonstige Fälle	276
5. Subjektiver Entschuldigungstatbestand und Irrtum	276
a) Der subjektive Entschuldigungstatbestand	276
b) Der Entschuldigungstatbestandsirrtum	277
c) Der Entschuldigungsirrtum	278
II. Weitere Entschuldigungsgründe?	278
1. Entschuldigung bei Gefährdung anderer Rechtsgüter?	279
a) Gewissensnot (Art. 4 GG)	279
b) Sonstige Notlagen	280
2. Entschuldigung anderer als nahestehender Personen?	281

21. Kapitel. Sonstige Strafbarkeitsvoraussetzungen

I. Strafausschließungsgründe und Bedingungen der Strafbarkeit	283
II. Als Bedingungen der Strafbarkeit ausgestaltete Unrechtsmerkmale	284
III. Als Strafausschließungsgründe ausgestaltete Entschuldigungsgründe	287
IV. Abhängigkeit der Strafverfolgung vom Willen des Verletzten	288
1. Strafantrag	288
2. Ermächtigung und Strafverlangen	289
V. Zeitliche Voraussetzungen von Verfolgung und Vollstreckung	289
1. Verfolgungsverjährung	289
2. Vollstreckungsverjährung	290
VI. Die (prozessuale) Abschichtung geringfügigen Unrechts	291

22. Kapitel. Das Unterlassungsdelikt

I. Die Regelung des § 13 StGB	295
II. Die Abgrenzung zwischen Begehungs- und Unterlassungsdelikten	297
1. Die Unterscheidung von Handeln und Unterlassen	297
2. Der Vorrang des Handelns vor dem Unterlassen	299
3. Die Begehung von Unterlassungsdelikten durch positives Tun	301
III. Das Unterlassen der Erfolgsabwendung	302
1. Der Begriff der Unterlassung	302

2. Die Kausalität der Unterlassung	303
3. Die objektive Zurechnung des Erfolgs zur Unterlassung	306
IV. Die Verpflichtung zur Erfolgsabwendung	306
1. Überwachergaranten	306
a) Aus einer gegenwärtigen Herrschaftsbefugnis resultierende Pflichten	306
b) Aus einem gefahr begründenden Vorverhalten resultierende Pflichten	307
c) Übernahme einer Überwachungsfunktion	311
2. Beschützergaranten	312
a) Familiäre Verbundenheit	312
b) Amtliche Schutzpflichten	313
c) Übernahme einer Schutzfunktion	314
V. Der subjektive Tatbestand des Unterlassungsdelikts	317
VI. Die Rechtfertigung des Unterlassungsdelikts	318
1. Einwilligung und mutmaßliche Einwilligung	318
2. Rechtfertigender Notstand	319
a) Der Regelfall des Defensivnotstands	319
b) Der Ausnahmefall des Aggressivnotstands	320
c) Die sogenannte Zumutbarkeit als Anwendungsfall des rechtfertigenden Notstands	321
3. Die rechtfertigende Pflichtenkollision	322
VII. Die Schuld des Unterlassungsdelikts	323

23. Kapitel. Versuch und Vorbereitung

I. Der Versuch	326
1. Der Strafgrund des Versuchs	326
2. Die gesetzliche Regelung der Versuchsstrafbarkeit	328
a) Beschränkung auf bestimmte Delikte	328
b) Fakultative Strafmilderung und Rücktrittsmöglichkeit	329
c) Die Unternehmensdelikte	330
3. Der Aufbau der Versuchsprüfung	331
4. Die Voraussetzungen des Tatentschlusses	332
a) Der Inhalt des Tatplans – Abgrenzung zum Wahndelikt	332
b) Die Entschlossenheit zur Verwirklichung des Tatplans	336
5. Das unmittelbare Ansetzen zur Tatbestandsverwirklichung	336
a) Die Bestimmung des tatbestandlichen Verhaltens	336
b) Die Unmittelbarkeit des Ansetzens	341
II. Vorbereitung	344
1. Formelle Vorbereitungsstrafbarkeit	344
2. Materielle Vorbereitungsstrafbarkeit	344

24. Kapitel. Der Rücktritt vom Versuch

I. Grundlagen	348
1. Die Gründe der Straffreiheit	348
2. Die Rechtsnatur und die Rechtsfolgen des Rücktritts	350
II. Der Rücktritt nach § 24 I S. 1 Var. 1 StGB	352

1. Das Aufgeben der weiteren Tatausführung	352
a) Unvollständigkeit der bisherigen Tatausführung (Abgrenzung zum beendeten Versuch)	353
aa) Maßgeblichkeit des einzelnen Ausführungsakts	353
bb) Maßgeblichkeit der Tätervorstellung	355
b) Möglichkeit weiterer Tatausführung (Abgrenzung zum fehlgeschlagenen Versuch)	356
c) Das Erfordernis eines endgültigen Aufgebens	358
d) Das Aufgeben beim Unterlassungsdelikt	358
2. Die Freiwilligkeit	359
a) Der Begriff der Freiwilligkeit	359
b) Freiwilliges Aufgeben der Tatausführung	361
c) Unfreiwilliges Aufgeben der Tatausführung	362
aa) Wesentlich erhöhte Kosten der Tat	362
bb) Entfallener oder wesentlich verminderter Nutzen der Tat	363
cc) Eintritt von Selbstbestimmungsunfähigkeit	364
3. Das freiwillige Aufgeben der weiteren Tatausführung beim vollendeten Delikt	365
III. Der Rücktritt nach § 24 I S. 1 Var. 2 und S. 2 StGB	366
1. Das systematische Verhältnis von § 24 I S. 1 Var. 2 und § 24 I S. 2 StGB	366
2. Das ernsthafte Bemühen um Verhinderung der Vollendung	366
a) Durch aktives Tun	366
b) Durch Unterlassen	369
3. Die Freiwilligkeit	371
IV. Das systematische Verhältnis der beiden Rücktrittsalternativen	372
25. Kapitel. Die Grundstruktur der Beteiligungsformen	
I. Überblick	375
II. Die Struktur der mittelbaren Täterschaft	377
1. Die mittelbare Erfolgsverursachung	377
2. Ausdehnung auf verhaltensgebundene Delikte?	378
3. Besondere Pflichtenstellungen	379
4. Weitere Strafbarkeitsvoraussetzungen	379
III. Die Struktur der Mittäterschaft	380
1. Zurechnung gemeinschaftlichen Handelns	380
2. Persönlich zu erfüllende Strafbarkeitsvoraussetzungen	381
a) Besondere Pflichtenstellungen	381
b) Subjektive Strafbarkeitsvoraussetzungen	382
3. Die Möglichkeit isolierter Mittäterschaft	383
IV. Struktur und Funktion der Teilnahme	383
1. Akzessorietät und Strafgrund der Teilnahme	383
2. Besondere persönliche Merkmale	386
a) Die Systematik des § 28 StGB	386
aa) Strafbegründende Merkmale (§ 28 I StGB)	386
bb) Strafmodifizierende und -ausschließende Merkmale (§ 28 II StGB)	388
b) Der Begriff des besonderen persönlichen Merkmals	390

aa) Besondere Pflichtenstellungen	390
bb) Besondere Beweggründe	391

26. Kapitel. Die Mittäterschaft

I. Die Gemeinschaftlichkeit des Handelns	395
1. Der verbindende Tatplan („gemeinsamer Tatentschluss“)	395
2. Die Möglichkeit der Verbindung bei den Fahrlässigkeitsdelikten	396
3. Die Notwendigkeit einer einheitlichen Handlung	397
4. Die Ausgrenzung von Exzesshandlungen	399
5. Die sukzessive Mittäterschaft	400
II. Das erforderliche Maß der Beteiligung	400
1. Die subjektive Täterlehre	401
a) Die Dolustheorie	401
b) Die Interessentheorie und die heutige Rechtsprechung	402
2. Die Tatherrschaftslehre	403
3. Tatherrschaft aufgrund interner Entscheidungszuständigkeit	405
4. Mittäterschaft aufgrund von normativer Entscheidungszuständigkeit ..	407
III. Der subjektive Tatbestand der Mittäterschaft	409
IV. Mittäterschaft und Unterlassen	409
1. Gemeinschaftliches Unterlassen	409
2. Beteiligung an einem Unterlassungsdelikt durch Handeln	410
3. Beteiligung an einem Begehungsdelikt durch Unterlassen	410
V. Der Aufbau einer Mittäterschaftsprüfung	411

27. Kapitel. Die mittelbare Täterschaft

I. Die Notwendigkeit eines Willensmangels des Tatmittlers	414
II. Das aufgrund eines Irrtums handelnde Werkzeug	415
1. Die unterschiedlichen Irrtümer	415
a) Das tatbestandliche Unrecht ausschließende Irrtümer	415
b) Schuld- und strafzumessungsrelevante Irrtümer	417
c) Sonstige Irrtümer	418
2. Notwendigkeit einer Täuschung?	419
3. Irrtümliche Selbstschädigung	420
III. Das unter rechtswidrigem Zwang handelnde Werkzeug	421
1. Intensität des Zwangs	422
a) Rechtfertigender Zwang	422
b) Entschuldigender Zwang	422
c) Sonstiger rechtswidriger Zwang	422
2. Verantwortlichkeit für den Zwang	423
3. Erzwungene Selbstschädigung	424
IV. Das in seiner Entscheidungsfähigkeit beeinträchtigte Werkzeug	425
1. Mangelnde Entscheidungsfähigkeit aufgrund psychischer Krankheit ..	425
2. Mangelnde Entscheidungsfähigkeit aufgrund fehlender Reife	426
V. Werkzeuge ohne Willensmängel?	427
1. Austauschbares Werkzeug?	427
2. Ohne eine erforderliche Absicht handelndes Werkzeug?	428
3. Ohne Täterqualifikation handelndes Werkzeug?	429

VI. Der subjektive Tatbestand der mittelbaren Täterschaft 429
VII. Mittelbare Täterschaft durch Unterlassen 431

28. Kapitel. Die Teilnahme

I. Die teilnahmefähige Haupttat 433
1. Der Begriff der rechtswidrigen Tat 433
2. Der Begriff der vorsätzlichen Tat 433
a) Vorsatz-Fahrlässigkeits-Kombinationen als Haupttat 433
b) Im Erlaubnistatbestandsirrtum begangene Haupttat 434
3. Ungeschriebene Anforderungen an die Haupttat 435
II. Die Anstiftung 437
1. Das Verursachen des Tatentschlusses 437
a) Begriff und Feststellung der Kausalität 437
b) Die Identität des Tatentschlusses 439
2. Die Anstiftungshandlung 440
a) Der Rat zur Begehung der Tat 440
b) Bestimmtheit des erteilten Rates 441
c) Abweichung von dem erteilten Rat 442
3. Der subjektive Tatbestand der Anstiftung 443
III. Die Beihilfe 445
1. Der Begriff des Hilfeleistens 445
2. Die Abgrenzung zum versuchten Hilfeleisten 448
3. Besondere Formen der Hilfeleistung 449
a) Die psychische Beihilfe 449
b) Beihilfe durch Alltagshandlungen 450
c) Sukzessive Beihilfe 452
4. Der subjektive Tatbestand der Beihilfe 453
5. Beihilfe durch Unterlassen 454

29. Kapitel. Versuch und Vorbereitung bei mehreren Tatbeteiligten

I. Versuchte mittelbare Täterschaft 456
II. Beteiligung am Versuch 458
1. Versuchte Mittäterschaft 458
a) Die versuchte Mittäterschaft als täterschaftliche Beteiligung am Versuch 458
b) Der Beginn des Versuchs der gemeinsamen Tat 459
c) Der Aufbau der versuchten Mittäterschaft 461
2. Die Teilnahme am Versuch 461
3. Der Rücktritt von der Beteiligung am Versuch (§ 24 II StGB) 462
a) Der Ausschluss des Rücktritts durch Aufgeben der weiteren Tatausführung 463
b) Der Rücktritt bei einer vom Tatbeitrag unabhängigen Vervollendung .. 464
c) Die Abgrenzung zu der Regelung des § 24 I StGB 465
III. Versuch der Beteiligung (§§ 30, 31 StGB) 465
1. Ursprung und Grundgedanke des § 30 StGB 465
2. Die einzelnen Beteiligungshandlungen 466
a) Versuchte Anstiftung zum Verbrechen (§ 30 I und II Var. 2 StGB) .. 466

b) Verabredung eines Verbrechens (§ 30 II Var. 3 StGB)	468
c) Bereiterklären zu einem Verbrechen (§ 30 II Var. 1 StGB)	469
3. Der Rücktritt vom Versuch der Beteiligung (§ 31 StGB)	471
30. Kapitel. Die echte Konkurrenz (Tateinheit und -mehrheit)	
I. Begriff und Funktion der Konkurrenzlehre	473
II. Die gesetzliche Regelung der §§ 52–55 StGB	474
1. Die Tatmehrheit	474
2. Die Tateinheit	475
3. Reformüberlegungen	476
III. Die Unterscheidung zwischen Tateinheit und Tatmehrheit	477
1. Eine Handlung im natürlichen Sinne	477
2. Tatbestandliche Handlungseinheit	478
3. Natürliche Handlungseinheit	480
a) Bei mehrmaliger Verwirklichung des gleichen Tatbestands	480
b) Bei Verwirklichung unterschiedlicher Tatbestände	480
c) Zwischen Handeln und Unterlassen	481
4. Die fortgesetzte Tat	482
IV. Hinweise für die Fallbearbeitung	482
31. Kapitel. Die scheinbare Konkurrenz (Gesetzeseinheit)	
I. Grundgedanke und Überblick	484
II. Die Funktionen der Gesetzeseinheit	484
III. Die Erscheinungsformen der Gesetzeseinheit	485
1. Die Spezialität	485
2. Die Subsidiarität	487
3. Die Konsumtion	489
4. Die gleichartige Gesetzeseinheit	492
Allgemeine Hinweise zu den Aufbauschemata	495
Verzeichnis der Aufbauschemata	496
Sachverzeichnis	497